



Gerhard Zauner
0650/2129213



Franz Brauchart
0664/8132228

Aktuelles aus dem FA

Trotz gegenteiliger Zusagen des Innenministers bleiben die verfügbaren Sparmaßnahmen an der Basis aufrecht.

9 Stunden-Regeldienstergänzungen

Die LPD Wien hält die (vom FA abgelehnte) Anordnung, wonach die jeweils **erste RDE pro PI auf 9 Stunden beschränkt** wird, aufrecht.

Insbesondere die Einwände des FA,

- dass dadurch der **Mindeststand** einer PI zum Teil **unterschritten** wird (*lt. LPD-Definition ist das jener Personalstand, der zur Abdeckung der gesamten polizeilichen Grundversorgung - ohne Reserve - notwendig ist!*) sowie
- dass es dadurch zu zeitweiligen **PI-Besetzungen von nur 0/1 EB (Eigensicherung!)** kommt, wurden von der LPD nicht als Argumente zugelassen.

In diesem Zusammenhang wurden **folgende Klarstellungen** getroffen:

- Die Einschränkung auf 9 Stunden gilt nicht für E2a-RDE.
- In begründeten Ausnahmefällen gilt die Einschränkung die erste RDE auf 9 Stunden nicht für Arrestantenposten.
- Sofern E2b-RDE von PI-Ermittlern oder von E2a im Wechseldienst verrichtet werden, ist kein Journdienst zu verrichten
- Überstunden mit 200% Zuschlag sind zu vermeiden. Eine Sonntags-RDE ist also mit 8 Stunden beschränkt, zusätzlich kann ein VDA kommandiert werden.

Rückübernahme des Objektschutzes vom Bundesheer

Seitens des FA wurde u. a. die vermehrte Überwachung in Form von Inter-Wägen (insb. betr. der zahlreichen IKG-Einrichtungen und im Botschaftsviertel im 3. Bezirk) vorgeschlagen.

Lt. LPD ist dies dzt. aus verschiedenen Gründen (z.B. Gefährdungseinschätzung des BVT, internationale Übereinkommen, Nichtzustimmung der IKG) nicht möglich.

Ballistische Schutzkabinen

Der FA beantragte die Aufstellung von ballistischen Schutzkabinen vor allen Überwachungsobjekten.

Von der LPD wurde dazu mitgeteilt, dass die Kosten dafür (ca. 40.000 bis 60.000 Euro pro Stück) budgetär nicht gedeckt sind. Es wurde aber noch für heuer die **Beschaffung von Wetterschutzhütten** (mit Heizung) in Aussicht gestellt.

Trageverpflichtung ballistische Schutzgilets

Wie bereits berichtet, ordnete die LPD Wien eine quasi **ständige Trageverpflichtung** (ohne Berücksichtigung unterschiedlicher Tätigkeiten bzw. Organisationseinheiten) der persönlich zugewiesenen, ballistischen Gilets an.

Aus Sicht des Fachausschusses schießt diese Regelung über das Ziel hinaus. Unserer Ansicht nach wäre die Erlassregelung* - so wie diese auch in ganz Rest-Österreich gilt - ausreichend und sinnvoll.

Die LPD Wien bleibt bei ihrer Ansicht, nun wird einer Entscheidung des BMI entgegengesehen.

* Auszug aus dem Erlasstext:

*Das persönlich zugewiesene BG-ST ist **aufgrund einer generellen Anordnung oder über Anordnung des jeweiligen Kommandanten / Vorgesetzten / sonstigen Weisungsbefugten oder nach individueller Gefährdungseinschätzung** durch den Bediensteten zu tragen, wenn im Dienstvollzug **auf Grund bestimmter Tatsachen** eine „erhöhte Gefahr“ zu erwarten ist.*

Darunter fallen beispielsweise: Schwerpunktaktionen, Zugskontrollen, Vollziehung von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, Gewalt in der Privatsphäre.

*Im **Streifenkraftwagen** gilt für das persönlich zugewiesene BG-ST eine allgemeine **Mitführpflicht**. Dabei ist bei Transport und Lagerung darauf zu achten, dass das Anlegen des BG-ST ohne unnötigen Aufschub möglich ist.*

*Ansonsten gilt eine **grundsätzliche Trageempfehlung**.*

Schnittschutzhandschuhe

In Ermangelung dienstlicher Schnittschutzhandschuhe beschafften sich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen solche Handschuhe auf eigene Kosten. **Von der LPD Wien wurde das Tragen dieser Handschuhe** (unter Hinweis auf mögliche disziplinarische Folgen für den Fall der Nichtbeachtung!) **untersagt**.

Von uns wurde daher beantragt, dass das Tragen privat beschaffter Schnittschutzhandschuhe zumindest so lange gestattet werden soll, bis solche vom Dienstgeber zur Verfügung gestellt werden (diesbzgl. wurde von uns ebenfalls ein Antrag gestellt). Eine ähnliche Regelung war ja schließlich auch für das Tragen privater Schutzvesten möglich.

Dies wurde leider sowohl von der LPD auch vom BMI, unter Hinweis auf allfällige rechtliche Konsequenzen im Schadenfall (!?) abgelehnt.

Klingt komisch, ist aber so...

Projekt Lassallestraße

Nach zahlreichen Besprechungen und Planungsarbeiten hat man nun schon lange nichts mehr von diesem Projekt gehört. Dem Vernehmen nach scheint die Finanzierung fraglich.

Über Nachfrage des FA teilte die LPD dazu mit, dass die Umsetzung dzt. im BMI geprüft werde...

FCG-KdEÖ Wien
Meine Personalvertretung